

Statement

Stabsstelle für Chancengleichheit von Frau und Mann

Silvia Hofmann, lic.phil.I MA, Leiterin

Liebe Barbara Janom Steiner, liebe Cathrin Räber

Sehr geehrte Medienschaffende

„Wenig bewusst ist (...) den meisten Parteien, ausser den linken und grünen, dass Gleichstellung immer das Resultat veränderter Politik und klarer Vorgaben ist und sich nicht automatisch und wie von selbst einstellt.“

Dieses Zitat der Politologin Regula Stämpfli möchte ich an den Anfang meiner Ausführungen stellen.

Für mich als Leiterin der Stabsstelle für Chancengleichheit von Frau und Mann bedeutet dies im Hinblick auf die Wahlen im Mai 2014 folgendes:

Die Zahl der kandidierenden Frauen für den Grossen Rat und für die Stellvertretungen zeigen, dass die Ansicht weit verbreitet ist, dass sich Gleichstellung bzw. Partizipation von Frauen in der Politik automatisch und wie von selbst einstellt.

Für mich sind auch im Vergleich mit vorherigen Wahlen keine sichtbaren klaren Vorgaben oder eine veränderte Politik feststellbar.

In der letzten Legislatur waren von 120 Mitgliedern des Grossen Rats 94 Männer und 26 Frauen. Das sind 21.7 Prozent.

Wenn wir die Kandidaturen und die Wahlchancen bei den anstehenden Wahlen anschauen, werden es in der nächsten Legislatur wohl noch weniger Frauen sein. Es kandidieren 28 Frauen und 134 Männer. Vor vier Jahren waren es immerhin noch 51 Frauen, die sich zur Wahl stellten.

Das an sich schon kleinere Kollektiv von Kandidatinnen ist für die Wahlen in diesem Jahr dramatisch kleiner geworden. Und: es sind lediglich 9 neue Kandidatinnen, die den Aderlass von sechs zurücktretenden Grossrätinnen nicht werden kompensieren können. Wir werden wahrscheinlich unter den Stand von 2003 zurückfallen, als das Parlament 20 Prozent Frauen aufwies.

Die im schweizerischen Vergleich unterdurchschnittliche Kandidatinnenzahl in den Bündner Parlamentswahlen korrespondiert mit der Beteiligung an den nationalen Wahlen. 2011 kandidierten 69 Personen in Graubünden für den National- und Ständerat, darunter 17 Frauen. Gewählt wurden bekanntlich vier Männer und eine Frau.

Was können die **Gründe** sein für die unterdurchschnittliche Partizipation von Frauen in der Politik, die sich anlässlich von Wahlen stets wieder zeigt?

Politische Strukturen

15 von 39 Wahlkreisen verfügen über einen einzigen Sitz im Grossen Rat, 11 Kreise über zwei Sitze. Das heisst, dass in zwei Dritteln der Kreise minimale Wahlmöglichkeiten bestehen. Bei den letzten Wahlen kandidierten in 12 Einer-Kreisen Männer und wurden auch gewählt. Nur in einem Einer-Kreis kandidierte eine Frau und wurde gewählt. In drei Einer-Kreisen kandidierten sowohl eine Frau als auch ein Mann, und in zweien wurden die Männer gewählt. In den Kreisen mit mehr Sitzen und mehr Kandidaturen wurden logischerweise mehr Frauen gewählt.

Die Kleinteiligkeit unserer politischen Strukturen ist für die Beteiligung von Frauen in der Politik kein Vorteil. Sie verlangt von Frauen eine sehr viel stärkere Bereitschaft, sich öffentlich zu exponieren, und sie sind einer sehr viel grösseren Konkurrenz durch die in der Gemeinde- und Regionalpolitik besser verankerten Männer ausgesetzt. Ausserdem erschweren kleine Kreise die Vernetzung von politisch engagierten Frauen untereinander und über Parteigrenzen hinweg. In solchen Netzen könnten Frauen sich gegenseitig unterstützen. Dies wird aber keineswegs überall gern gesehen.

Eine der wenigen Profilierungsmöglichkeiten für Frauen stellt die Gemeindepolitik dar. Wir haben einige Gemeindepräsidentinnen im Grossen Rat, und auch unter den Kandidatinnen für diese Wahlen sind einige Frauen, die grosse Erfahrung in der Gemeindepolitik haben. Nur: Auch auf Gemeindeebene reduzieren sich kontinuierlich die verfügbaren Ämter, so dass auch dort die Beteiligung von Frauen sinken wird. So wird es in Zukunft noch weniger Frauen aus diesem Kollektiv haben, die sich mit politischer Erfahrung zur Verfügung stellen werden.

Partei politik

Mit ganz wenigen Ausnahmen setzen sich Orts-, Kreis- oder kantonale Parteien kaum ernsthaft mit der Frauenpartizipation auseinander. Hier spielt das Vertrauen darauf, dass sich Gleichstellung automatisch einstellt, eine grosse Rolle. Vereinzelt gibt es Parteigremien, die sich eine interne Frauenquote gegeben haben. Doch offensichtlich gelingt es noch zu wenig, das weibliche Potenzial mit einer glaubwürdigen und etwas offensiveren Förderung anzusprechen. Bekannt ist aus vielen Studien, dass Frauen sich weniger parteipolitisch engagieren als Männer. Deshalb wäre es sinnvoll, wenn die Parteien andere Modelle der Partizipation diskutieren, die Frauen besser entsprechen. Beispielsweise mit zeitlich befristeten Engagements, politischen Lehrgängen und Übungsmöglichkeiten auf ganz praktischer Basis für künftige Politikerinnen.

Innerparteiliche Frauenquoten sind aber das effizienteste Mittel, ein einigermaßen grosses Reservoir an geeigneten Kandidatinnen aufzubauen. Dazu braucht es aber die Einsicht und den Willen innerhalb der Parteien. Dies ist, wenn man den kürzlich gemachten Aussagen von Parteipräsidenten kein prioritäres Ziel, vielmehr ein „Luxusproblem“, wie einer von ihnen sagte. Eine Frauenquote wäre jedoch eine der „klaren Vorgaben“, von denen Regula Stämpfli spricht.

Klischees und Vorurteile

Das grösste Hindernis für eine stärkere Beteiligung von Frauen sind Klischees und Vorurteile, die sich in unserem Kanton hartnäckig halten. Es ist sicher richtig, dass diejenigen Frauen, die es in der Politik schaffen oder geschafft haben, die Erfahrung gemacht haben,

dass sie sehr willkommen sind. Das beliebteste Klischee ist dasjenige von den doppelt- und dreifach belasteten Frauen, die nicht auch noch Zeit für Politik haben. Dies trifft auf Männer genauso zu. Auch Männer haben mit Erwerbsarbeit, Engagements in Vereinen, Verwaltungsräten und anderen Gremien wenig Zeit für Politik – mit einem Unterschied: Sie haben in der Regel ein tadellos funktionierendes Umfeld, das ihnen den Rücken frei hält. Und in der Regel ist das eine tüchtige und verständnisvolle Partnerin, die nicht reklamiert, wenn jeder Abend in der Woche von Sitzungen und Versammlungen besetzt ist. Alle erfolgreichen Politikerinnen haben einen ebensolchen Partner, der seinerseits ihnen den Rücken frei hält. Es liegt mit anderen Worten in der Regel nicht nur an einem Zeitmangel der Frauen, sondern mindestens ebenso an einem Mangel an engagierten Partnern, die den Frauen eine politische Tätigkeit erst ermöglichen würden.

Ich möchte hier an die Medienschaffenden appellieren, etwas weniger klischeehaft über Politiker und Politikerinnen zu berichten. Warum werden männliche Politiker nicht auch mit Fragen konfrontiert, die ihre Vereinbarkeit von Politik und Privatleben thematisieren? Warum werden Politikerinnen nicht häufiger zu sachpolitischen Themen befragt statt nach ihrer organisatorischen Lösung für ihr politisches Engagement?

Was es auch noch braucht

Es braucht noch sehr viel Arbeit und Engagement, um die Partizipation von Frauen in der Politik unseres Kantons zu verbessern. Es ist äusserst wichtig, dass jede Politikerin sich ihrer Vorbildfunktion für andere Frauen bewusst ist. Das lebendige Vorbild ist eines der besten Mittel. Weiter sind die Medien ein sehr wichtiges Transportmittel von Bildern und Worten. Es verlangt viel Bewusstsein und Fingerspitzengefühl, die politischen Akteurinnen angemessen darzustellen und zu Wort kommen zu lassen – eben nicht klischeehaft. Die politischen Parteien stehen in der Pflicht. Und es kommt auf jede Wählerin und jeden Wähler an.

Graubünden hinkt hinterher

Unser Kanton gehört zusammen mit Fribourg, Uri, Glarus, Tessin und Zug zu den so genannten inegalitären Kantonen. Das heisst zu jenen Kantonen, in denen Haus- und Erwerbsarbeit sowie Freiwilligenarbeit am ungleichsten verteilt sind zwischen Männern und Frauen. Dies laut einer Studie der Universität Fribourg im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 60 „Gleichstellung der Geschlechter“. Es verwundert deshalb kaum, dass diese grosse Ungleichheit auch auf die Politik ausstrahlt. So hat der Kanton Glarus einen Frauenanteil von 11.7 Prozent, der Kanton Tessin 13.3 Prozent, der Kanton Uri 18.8 Prozent; einzig Fribourg mit 20.9 Prozent und Zug mit 23.8 Prozent stehen etwas besser da.

Mit anderen Worten: Wir sind noch weit von Gleichstellung entfernt, und wir haben noch sehr viel zu tun, bis zu den nächsten Wahlen.